

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,40 Mk. × Buchhändler-Schlüsselzahl. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 7528. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus), Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelgespaltene Kleinzeile 0,20 Mk. × Buchhändler-Schlüsselzahl. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einleitung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 38/39

Sonnabend, den 29. September 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Gespart:

In Raunmünzbach Betrieb Kesh. In Biegnitz die beiden Firmen Vorn und Wagner. In Baden-Baden Granitwerke Barnhart. In Fürstentum die Firma Depfal u. Co. In Jannowitz (Kiesengeb.) der Betrieb der Firma Karl Wälsche-Striegau. In Paderborn sämtliche Betriebe. In Windisch-Eichenbach der Steinbruchbetrieb der Firma Fritz Lindner. In Augsburg Firma Kircher.

Zugung ist fernzuhalten:

Der den genannten Orten unter Sperre und Streit von Baumzeller und Saargemünd, von Gollnow und Umgebung, von Raunmünzbach, von Tangermünde Betrieb Richard Schwarz, von Sangerhausen, von Bremen (Steinmehlen und Marmorarbeiter).

Fort mit der Gleichgültigkeit!

Im Vordergrund alles Geschehens in Deutschland steht die berechtigte und bange Frage, ob wir als Volk und als Staat die jetzige ungeheuerliche Krise überwinden werden. Die Beantwortung hängt von der Grundeinstellung des einzelnen oder der mehreren zu den augenblicklichen Tagesfragen ab und natürlich von dem Vertrauen, welches der einzelne oder die mehreren von ihrer eigenen Grundeinstellung haben. In jeder Bevölkerungsschicht gibt es nun ganz selbstverständlich Personen, die den nach ihrer Ansicht unvermeidlichen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Zusammenbruch kommen sehen, sie rechnen damit und unternehmen durchaus nichts, das eventuelle Chaos abzuwehren, wozu auch? Es kommt!, und wenn das Herannahende beschleunigt wird, desto besser! Aus jedem Vorkommnis auf jedem Gebiet glauben sie eine berechtigte Stütze ihrer unumstößlichen Zusammenbruchsanschauung herleiten zu können. Wir finden diese Chaos-Überzeugten und Beschleuniger nicht nur unter den extrem politischen Einzelgängen und wiederum nicht allein unter denen, die unter den heutigen wirtschaftlichen Zuständen wie Geldentwertung, unberechtigte Preissteigerungen, mangelhafte Entlohnung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit am meisten zu leiden haben. Es gibt noch andre Bevölkerungskreise, die trotz ihrer guten wirtschaftlichen Existenz aus ganz andern Ursachen heraus ein Drunter und Drüber in Deutschland nicht nur wünschen, sondern bewußt wollen. Bei ihrer bewußt wollenden Methode klopfen sie nach Hinterwäldlerart auf den Büchsenkopf oder sie spielen auch nach Art der modernen Landstroläher mit Stahlhelm, Handgranate und Maschinengewehr; ja, sie freuen sich unendlich auf den Bürgerkrieg, auf das Chaos. Und die für uns als Volk und als Staat so bitter notwendige und bevorstehende Liquidierung des Ruhrbauseuers soll nun den Fanatikern und Desperadopolitikern nach ihren eigenen Anführungen den Vorwand geben, um loszurufen. Wenn diese Wahnsinnigen sich nur nicht täuschen werden, denn der gesunde Volkssinn sagt sich nicht mit Unrecht, daß in Deutschland andre Aufgaben zu lösen sind als deutschnationale, völkische und bayrisch-sächsisch Draufgänger lösen könnten. Treibt die Verzweiflung hier und dort einmal Arbeiter zu blinder Zerstörungswut, dann ist sicherlich fast immer die wirtschaftliche Not die Triebfeder und das unerträgliche Bewußtsein, den persönlichen und sachlichen Preisbildungsfaktoren auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Das ist wie gesagt begreiflich, nur nicht gutzuheißen, denn Zerstörung und Gewalt schaffen dauernd keine Besserung der wirtschaftlichen Notlage. Wenn nun aber andre Kreise, denen es bisher an nichts gemangelt hat, ein Drunter und Drüber in Deutschland wollen, dann ist bei denen zweifellos die Befürchtung maßgebend, daß die Zukunft, wenn die heutige politische Konstellation die Oberhand behält, für sie eine Verringerung darin bringt; so sind grundsätzliche Bevölkerungskreise aus den entgegengesetzten Ursachen heraus für eine grundsätzliche Verringerung. Das sollte allen Lohn- und Gehaltsempfängern ernstlich zu denken geben. Sollte vor allem die überzeugten Gewerkschaftsmitglieder aus der fatalistischen Stimmung, die sich breitzumachen droht, aufwachen! In solchen Situationen wie augenblicklich ist Gleichgültigkeit tatsächlich ein Verbrechen und erleichtert den Fanatikern und Desperadopolitikern ihr wahnsinniges Vorhaben!

Die Krise, die seit Wochen unser deutsches Wirtschaftsleben aus allen Jagen zu heben droht, läßt sich nach allem Vorausgegangenem in der inneren und äußeren Politik (Ruhrbesetzung, passiver Widerstand, Inflation, Devisenspekulation, Warenwucher) nicht mehr abwenden. Wir müssen als Gesamtvolk hindurch, jedoch dabei ernstlich bestrebt sein, in gewisser Gemeinsamkeit die Wirkungen abzuwehren. Gelingt es nicht, diesen Gemeinheitswillen aufzubringen, dann wird es kaum möglich sein, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Gesetzesmaßnahmen allein schaffen es nicht; die letzten Wochen haben uns das deutlich bewiesen. Der Reichstag hat im Hinblick auf die bedrohliche Lage der Reichsfinanzwirtschaft in raschster Arbeit eine Reihe von Steuererlassen verabschiedet, die dem Reiche in kurzer Zeit Billionen an Einnahme bringen sollten. Diese Erlasse treffen Bevölkerungskreise, die mit wenigen Ausnahmen die verlangten Steuerbeiträge ohne Schwierigkeit abstoßen könnten, und was erleben wir? Ein Gemurmel, ein Sträuben und Proteste (Landwirtschaft, Autobesitzer usw.) und zum Teil bewußte Sabotage in der Steuer-Vorauszahlung (Kurzarbeit, Betriebsstörungen). — Die vom Reich aufgelegte Goldanleihe brachte nur ganze 75 Millionen Goldmark. — Trotz der Devisenerfassungsverordnung stieg der Dollar vor zirka 10 Tagen auf 300 Millionen und rief, wie immer, die Preise mit, wenn er nachher auch wieder herunter sank von dieser schwindelhaften Höhe, die Preise bleiben nicht nur oben, sondern klettern sogar weiter. — Bereits vor Wochen hat das Reichsministerium gemeinsam in seinen wichtigsten Ministerien (Justiz, Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft und Inneres) allein 8 wichtige, zum Teil recht draconische Verordnungen erlassen auf Grund des Artikels VI Absatz 3 des Notgesetzes vom 24. Februar 1923: 1. Preisstreikverbot; 2. Verordnung gegen verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände; 3. Verordnung über Handelsbeschränkungen; 4. Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch; 5. Verordnung über Notstandsversorgung; 6. Verordnung über Preisprüfungsstellen; 7. Verordnung über Ausrüstungspflichten; 8. Wuchergerichtsverordnung. Würden diese Verordnungen von den Landes- und Gemeindebehörden mit der nötigen Energie und Rücksichtslosigkeit gehandhabt, dann ginge zweifellos manches besser in der Er-

nährungslage und in der Preisbemessung. Es hapert an der Ausführung. Die Nachfrage nach allem ist größer wie das Angebot; dieser Zustand allein hat sehr großen Einfluß auf die Moral und weiter auf die Nichtrespektierung gesetzlicher Maßnahmen. Eine weitere scharfe Verordnung ist am 15. September vom Reichspräsidenten erlassen gegen die Steuerabgabe. Im weiteren wird unser Interesse in Anspruch genommen von dem bereits in bestimmter Form vorliegenden Plan einer zu schaffenden neuen Währung. Eine neue Währungsbank soll errichtet werden, gestützt auf die Wirtschaft im weitesten Sinne. Als Übergang zur Goldmark ist eine sogenannte Bodenmark vorgesehen, die gedeckt ist durch Heranziehung des Sachbesitzes. Dadurch soll die Inflation (Papiermarkdruck) eingestellt werden. Die Papiermarkwährung bleibt vorüberhand und wird wahrscheinlich nach und nach von den andern Währungen aufgegeben. Wenn neben der Bodenmark noch die echte Goldmark geschaffen wird, bleibt die Papiermark und so gibt es tatsächlich drei Geldsorten von verschiedener Güte, zu denen der jetzt noch immer sehr verbreitete Devisenbesitz des Inlands kommt. Die Goldnote wird der Großwirtschaft, Produzenten und Großhandel vorbehalten bleiben, im übrigen wird sich der Verkehr bei größeren Beträgen in Bodenmark, bei kleineren Beträgen in Papiermark vollziehen. Zwischen der Papiermark und der Bodenmark ein bestimm-

Achtung, Zahlstellen-Mitglieder und Einzelzahler!

Die bisherige Zustellung des Steinarbeiters durch Einzel- und Sammelüberweisungen, veranlaßt von der Verbandsstelle in Leipzig, hört mit dieser Nummer auf. Jedes Mitglied, einzelner oder in einer Zahlstelle oder ob Einzelzahler, bestellt nunmehr selbst seinen Steinarbeiter bei seiner zuständigen örtlichen Postanstalt.

Den Zahlstellen und Hilfszahlstellen oder mehreren Kollegen von einem Ort bleibt es natürlich unbenommen, bei der Post die Bestellung und den Bezug auf eine Person zu vereinigen, so daß z. B. der örtliche Kassierer die Gesamtbestellung erhält. — Die Abonnementgebühren werden (ausschließlich Bestellgeld) den Kollegen und Kolleginnen von der Lokalfasse zurückertattet, die ihrerseits diese Gelder der Hauptkasse auf die Beitragszahlung anrechnet. Die Einzelzahler haben bei der Beitragsregulierung die Abnommentauschung ebenfalls mit an die Hauptkasse einzulösen. — Beschwerden über die Zustellung des Steinarbeiters, Adressenänderungen, Zahl der Exemplare sind künftig nur bei der zuständigen Postanstalt anzubringen. Diese notwendige Verringerung darf selbstverständlich kein Mitglied veranlassen, nun Nichtleser seiner Verbandszeitung zu werden. Die kleine Mühe der örtlichen Bestellung auf der Post und die Vorauszahlung der Bezugsgebühren dürfen nicht gespart werden.

Der vorstehende Hinweis gilt auch für die der Berliner Zahlstelle angehörenden Mitglieder. Bisher hatten diese Kollegen schon die Einzelzustellung, die auf Kosten der Zahlstelle von Leipzig aus veranlaßt wurde. Nunmehr müssen die Berliner Mitglieder ihren Steinarbeiter ebenfalls selber und einzeln auf ihrem zuständigen Postamt bestellen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Die außergewöhnliche Steigerung der Buchhändlerschlüsselzahl war Anfang September nicht voraussehen, dadurch erhöht sich das Abonnement beträchtlich, so daß größere Zahlstellen beim Sammelbezug die nötige Summe nicht aufbringen können. Die Mitglieder müssen versuchen, der Zahlstelle zu helfen. Vom November an werden wir den Grundpreis um die Hälfte reduzieren. Für Oktober ist das wegen Vorbereitung der Post nicht mehr möglich gewesen.

tes Wertverhältnis aufrechtzuerhalten, ist nicht übermäßig schwer. Dafür aber zu sorgen, daß auch die Bodenmark ihren Goldwert behält, ist die wesentlich schwierigere Aufgabe. Es muß alles daran gesetzt werden, dieses Interimsgeld so bald als möglich durch eine reine Goldwährung überflüssig zu machen. Das heißt aber vor allem die Lösung des Ruhrkonflikts und eine radikale Heilung des kranken Reichsetats. Um zu beurteilen, welche Maßnahmen auf diesem Gebiete geplant sind, wird man die Steuer- und Ersparnisvorläge der Regierung abwarten müssen. Im übrigen können die Währungsvorschläge nicht von uns kritisch gewürdigt werden, dazu fehlt die Sachkenntnis auf diesem komplizierten Gebiet, auf dem bekanntlich selbst seit Jahren sogenannte Fachleute vollständig versagt haben. — Alle diese Maßnahmen werden getroffen, um aus der Krise herauszukommen und Deutschlands Wirtschaftsleben zu kurieren. Das sind Vorgänge, an denen die Gewerkschaften ganz besonders interessiert sind. Aus der Krise müssen wir heraus in wohlverstandenen Interesse des einzelnen. Darum dürfen uns auch die sonstigen Vorgänge nicht gleichgültig sein. So wie für einen überzeugten Gewerkschaftler die Treue zur Organisation sich äußern soll in größter Opferwilligkeit, wenn durch die widrigen Verhältnisse der Weiterbestand seiner Gewerkschaft in Frage gestellt ist, so muß auch die Gleichgültigkeit abgetreift werden gegenüber dem Vorhaben: Mit Gewalt politische Unvernunft und Wortathleten (à la Hitler und Komforten) in Deutschlands Politik und Wirtschaft maßgebend werden zu lassen!

Das Ergebnis der Abstimmung im Steinleherverbande.

Die Abstimmung im Steinleherverbande hat eine Mehrheit für den Zusammenschluß mit unserem Verbande ergeben. Als vorläufiges Ergebnis teilen wir folgende Ziffern mit. An der Abstimmung beteiligten sich 6070 Mitglieder, (die Mitgliederzahl im Steinleherverbande beträgt 10130, so daß sich rund 60 Prozent der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt haben), eine Zahl, die bei der Wichtigkeit der zu lösenden Frage zwar nicht befriedigen kann, die aber doch über die bei ebenso wichtigen Anlässen von anderen

Verbänden erreichten Beteiligungsziffern hinausgeht. 3785 Kollegen stimmten für unseren Verband (62 Prozent), während sich 2285 Kollegen für den Baugewerksbund entschieden (38 Prozent). Das in unsere Organisation gesetzte Vertrauen ist also außerordentlich groß. An uns liegt es nunmehr, es zu rechtfertigen.

Vorbedingung für die Erfüllung der in dem Zusammenschluß gesetzten Erwartungen ist der geschlossene Uebertritt der Mitglieder des Steinleherverbandes. Jede Abspaltung schädigt die gemeinsamen Interessen.

Wenn auch anzunehmen ist, daß die bei der Abstimmung in der Minderheit gebliebenen Anhänger des Baugewerksbundes geneigt sind, sich dem Mehrheitsbeschlusse in demokratischer Weise zu fügen, so kann man leider aus der bisherigen unserem Verbande gegenüber eingenommenen Haltung des Baugewerksbundes nicht schließen, daß er dem Selbstbestimmungsrecht des Steinleherverbandes Rechnung tragen wird, wie es sein Vertreter, Kollege Otto, auf dem in Gera stattgefundenen Verbandstage der Steinleher versprochen hat; wie es überhaupt an Versprechungen uns gegenüber bisher nicht gefehlt. Am 15. Januar d. J. teilte uns der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Kollege Pappow, u. a. mit, daß der jetzige Vorstand des Baugewerksbundes nicht die Absicht hat, auf Grund seines Programms in unsere Hürden einzufallen, um Mitglieder von uns abzugeben. Trotz der guten Absicht hat es der Bundesvorstand aber nicht verhindert, daß seine Vertreter Hütmann, Frankfurt a. M., und Otto, Marburg (nicht zu verwechseln mit dem oben genannten Kollegen Otto) uns die Zahlstelle Oberaula (4. Gau) nach krupelhafter Agitation abgenommen haben. Auf unsere vor dem Uebertritt eingereichte Beschwerde teilte uns der Bundesvorstand nach vierwöchigem Warten am 22. Juni d. J. mit, daß zu unserer Beschwerde keine Berechtigung vorliege, weil die in unserem Geltungsbereich entfaltete Agitationstätigkeit nicht dem Angriff auf den Bestand oder zur Ausschöpfung unserer Organisation, sondern zur Abwehr der christlichen Organisation diene. Auf unsere Richtigstellung erhielten wir trotz mehrmaliger Mahnung keine Antwort! In Stuttgart liegen die Verhältnisse ähnlich. Auf eine Beschwerde über einen uns vom Lokalvorstand von Stuttgart angeforderten Uebertritt zum Baugewerksbund erhielt der dortige Vorstand der Baugewerkschaft von seinem Bundesvorstand am 5. März d. J. folgende Anweisung:

„Der Vorstand des Steinarbeiterverbandes erwartet selbstverständlich von uns, daß wir die Aufnahme ablehnen. Diese Erwartung halten wir, im Hinblick auf die geltenden Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für vollständig berechtigt und eruchen, im Falle die Kollegen mit einem Aufnahmeantrag zu euch kommen sollten, diesen Leuten rund und nett zu erklären, daß von einem Eintritt in den Deutschen Baugewerksbund keine Rede sein kann, so lange die Steinarbeiter in ihrer Gesamtheit den Anschluß nicht beschlossen haben. Dies gilt sowohl für den geschlossenen wie für den Einzelübertritt.“

Am 7. August d. J. mußten wir uns beschwerdeführend an den Baugewerksbund wenden, weil auch diese, den Satzungen des DGB. entsprechende Weisung nicht eingehalten wurde. Eine Antwort blieb auch auf diese Beschwerde aus.

Aus dem geschilderten, undemokratischen, unkollegialen Verhalten des Baugewerksbundes ergibt sich für uns die Notwendigkeit, über unseren organisatorischen Bestzustand und seine, durch die Abstimmung der Steinleher beschlossene Erweiterung zu machen und jeden Eingriff von dieser Seite abzuwehren. Das Gleiche gilt natürlich auch bei Anträgen von anderer Seite. Daher ist es notwendig, daß die Fühlung mit den Kollegen des Steinleher-Verbandes schon jetzt aufgenommen und auf einen geschlossenen Uebertritt hingewirkt wird. Bestrebungen, einen solchen zu verhindern, sind uns sofort mitzuteilen, damit wir geeignete Gegenmaßnahmen treffen können.

Die Verschmelzung mit dem Steinlehern sollte auch erneut den Anreiz geben, alle den vereinigten Verbänden noch fernstehenden Kollegen dem Zentralverband zuzuführen. Viele Kollegen stärken noch die Rassen anderer teils dem DGB., teils anderen gewerkschaftlichen Bünden angehörender Verbände und schwächen durch die Entziehung der Existenz- und Kampfmittel ihrem zuständigen, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sorgenden Verband. Das Ziel aller Verbandsmitglieder muß sein, sämtliche Steinarbeiter, gleichviel, ob sie bei der Steingewinnung, bei der Steinbearbeitung oder wie die Steinleher, Pflasterer und verwandte Berufsgenossen, bei der Verwendung (Weiterverarbeitung) fertiger Steinprodukte beschäftigt sind, im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands zu vereinen. Je lückenloser unsere Reihen, desto größer die künftigen Erfolge!

Gefühlspolitik oder Verbandspolitik!

Eine zeitgemäße Frage.

(F. L.) Wenn man die Ereignisse der letzten Zeit vor seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, so drängt sich einem die Zweifelsfrage auf, ob denn eigentlich die Politik eine Sache des Gefühls oder des Verstandes ist. Sollen gefühlsmäßige Einflüsse oder verstandesmäßige Erwägungen die praktische Politik im staatlichen und wirtschaftlichen Leben bestimmen, sollen die einschlägigen Maßnahmen von Stimmungen abhängig gemacht werden oder sollen sie aus der nüchternen, kalkülartigen Ueberlegung entspringen; kurz gesagt, soll die Staats- und Wirtschaftspolitik, die sich gegenseitig bedingen und beeinflussen, ihren Sitz haben im Herzen oder im Hirn unserer Zeitgenossen? Die Antwort auf diese Frage entscheidet über unsere Gegenwart und Zukunft, und diese Entscheidung hinwiederum bestimmt über den Aufstieg des deutschen Volkes.

Als in der großen französischen Revolution die Göttin der Vernunft auf den Thron gesetzt wurde, sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß es mit der Gefühl- und Gemütswelt des Mittelalters, über das ein mystisches Halbdunkel voll Wehrauchdunst, Farbenpracht und Kirchengesang lagerte, ein Ende haben, daß das Glauben und Beten durch Denken und Forschen ersetzt werden müsse. Man sprach mit Vorliebe von dem wissenden, denkenden Menschen (homo sapiens nennt ihn der Naturforscher Lenné), der auf Grund seiner Beobachtungen und Erfahrungen, seines Studiums und seines Nachdenkens, seine Entschlüsse faßt und seine Anordnungen trifft. Die klare Einsicht in das Weltgeschehen, der scharfe Blick für das Notwendige und das Mögliche, der unerbittliche Tatsachen- und Wirklichkeitsinn sollten das Tun und Lassen der Gegenwartsmenschen bestimmen. Es bildete sich ein ganz anderer Menschentypus heraus, als der Mensch des wundergläubigen Mittelalters und Altertums es war, der Verstandesmensch und der Willensmensch wurde das Ideal der Neuzeit. Der starke, unbegleimte Wille der keine Gefühlsduffeln und Gemütschwärmerei kennt, trat seinen Weg an, auf dem ihm der Verstand durch das Dunkel des Lebens voraus-

Leuchter. So wurde die Menschheit rationalisiert (ratio = der Verstand), in Wirtschaftspragen hörte die Gemütslichkeit auf.

Diese Entseelung unseres menschlichen Zusammenlebens, diese folte Nüchternheit unseres Daseins wurde von immer zahlreicheren Menschen als ein Uebel und als ein Unglück empfunden, und es trat allmählich ein Rückschlag ein, indem das Gefühl und das Gemüt sein Recht forderte. Es brach eine Revolution der Seele aus, das Herz revoltierte gegen das Hirn, die Göttin der Vernunft wurde entthront und das Gefühl ergriff die Zügel. Man braucht nur in die Gegenwart zu blicken, um deutlich zu beobachten, daß die Stimme der Vernunft überhört wird durch die Gefühlspolitiker und die Stimmungsmacher. Es geht eine geistige und seelische Seuche durch unser Volk, die an dem Sumpfe des Kapitalismus emporsteigt, die durch die giftigen Dünste der reaktionären Antikultur genährt, die aus den religiösen Strömungen gespeist wird. Die Lobredner des Monarchismus heben und pflegen diese Stimmung, indem sie von der guten, alten Zeit reden und die Sehnsucht wecken nach den herrlichen Tagen des glorreichen wilhelminischen Zeitalters, die Söbllinge des Bolschewismus machen sich diese Stimmung dienstbar, indem sie den Massen Lustgebilde vormachen und unerfüllbare Hoffnungen versprechen. Leider ergreift sich das Gefühl und Gemüt der Menschen an Illusionen und Hirngespinnsten, die sofort wie Seifenblasen zerplatzen, wenn sie von der nüchternen Vernunft unter die Lupe genommen werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet muß die gefühlsmäßige Einstellung der meisten unserer Zeitgenossen zu den politischen und wirtschaftlichen Fragen und die daraus entspringende falsche Gefühlslage aufs tiefste bedauert werden, da sie naturgemäß den Weg zum Niedergang des Volkes und zur proletarischen Revolution so gut wie die bürgerlichen, nicht mit dem nüchternen Verstande an die Dinge herantritt und unter Ausschaltung des Gefühls und der Stimmungswerte, praktische Staats- und Wirtschaftspolitik treiben, so lange kann von einer Gesundung unserer Verhältnisse keine Rede sein. Es kommt darauf an, daß man bei der Beurteilung aller Erscheinungen um uns nach den natürlichen Ursachen späht und den Dingen auf den Grund geht, und daß man nach den tauglichen Mitteln sucht, um den sich zeigenden Missetänden abzuwehren. Dabei gilt es, die Notwendigkeiten und Möglichkeiten gegeneinander abzuwägen, denn zur Durchführung irgendwelcher Maßnahmen muß das Können dem Willen entsprechen. Es genügt nicht, noch so weitgehende Forderungen aufzustellen; ausschlaggebend ist die Macht und Kraft, die hinter diesen Forderungen steht. Das Machtverhältnis zwischen den einzelnen Menschengruppen spielt bei der Durchsetzung der verschiedenen Forderungen und der Neugestaltung der Dinge eine wichtige Rolle, weshalb eine gründliche Untersuchung der gegenseitigen Machtmittel und die genaue Abschätzung der beiderseitigen Machtfaktoren die Voraussetzung eines jeden Kampfes ist. Weltpolitisches und weltwirtschaftliches Denken tut uns not, damit endlich mit der Gefühlsduselei ein Ende gemacht und mit den Illusionen aufgeräumt wird.

Wie weit wir von einer solchen Methode, öffentliche Angelegenheiten zu behandeln, noch entfernt sind, kann man tagtäglich beobachten. Betrachten wir die Politik der letzten Wochen, so sehen wir einen Mangel an praktischem Sinn und einen Ueberfluß an Gemüts-erregungen — besonders in bezug auf die Abwicklung des Ruhrabenteuers —, daß einem angst und bange wird. Verfolgen wir die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens in der jüngsten Zeit, so finden wir sehr wenig verstandesmäßige Erwägungen und vernünftige Entschlüsse, desto mehr aber werden die Leidenschaften aufgepeitscht und die Köpfe verwirrt. Die traurigen Folgen dieser unvernünftigen Taktik sind bekannt, ebenso bekannt ist aber auch ihre Erfolglosigkeit und Wirkungslosigkeit. Leider lernen die Menschen nichts aus diesen Vorgängen. Die Geschichte der Vergangenheit und die Erfahrungen der Gegenwart lehren uns mit einer Deutlichkeit sondergleichen, daß aufgepeitschte, leidenschaftlich erregte Massen noch niemals imstande gewesen sind, trotz all ihres Mutes und all ihrer Opferfreudigkeit das Joch der Knechtschaft abzuschütteln. Nur die zähe, agitatorische und organisatorische Arbeit an und mit den Massen vermag den langsame, allmähliche Aufstieg des Proletariats zu bewirken. Zweifellos ist Begeisterung eine schöne Sache, aber sie muß ergänzt werden durch kaltblütige Ueberlegung. Das aufwallende Gefühl und die seelische Empörung veranlaßt die Massen, das Rüstzeug der Barbaren zu ergreifen und auf die Feinde loszuschlagen, der nüchterne Verstand sagt uns, daß die rohe Gewalt machtlos ist, daß aber das Schwert des Geistes und das Banner des Rechts die Massen zum Siege führt. Die Gefühlspolitiker erklären das Heil der Menschheit in Putzscharen und Krawallen, in wilden Streiks und wüsten Zerstörungen, die Verstandesstärker wissen, daß nur innerlich und äußerlich geschlossene Organisationen dauernden Erfolg haben können.

Um diese Erkenntnis in die Massen zu bringen, bedarf es noch eines tüchtigen Stücks Aufklärungs- und Erziehungsarbeit. Sie muß geleistet werden, wenn es besser werden soll. Die Gewerkschaften sind in allererster Linie dazu berufen, diese schwere, aber notwendige Arbeit zu leisten. Mögen alle jene Mitglieder, denen der gewerkschaftliche Gedanke in Fleisch und Blut übergegangen ist, an dieser dankbaren Aufgabe mitarbeiten, zum Segen des Proletariats und zum Heile der Menschheit!

Goldmarkpreise der V. D. G.

Nichtverbindlichkeitserklärung eines gerechten Schiedsspruches. Im „Deutschen Steinbildhauer“ lesen wir: „Gezwungen durch die unerträglichen Verhältnisse, welche die unerhörten Wertschwankungen der deutschen Mark mit sich bringen und die eine richtige Preiskalkulation in Papiermark nicht mehr ermöglichen, hat der Verband deutscher Granitwerke, dem Beispiele zahlreicher anderer Berufsgruppen folgend, sich entschlossen, ab 15. September seine Preiskalkulation auf Goldmark einzustellen und demgemäß seine Preise künftighin in Goldmark zu berechnen.“

In derselben Zeit schwebte in derselben Berufsgruppe ein Lohnstreik, in dem das Reichsarbeitsministerium eine höchst unrichtige Rolle gespielt hat. Es vertrat sich hinter formalen Bedenken, obgleich solche bei objektiver Beurteilung gar nicht aufkommen konnten. Wie liegen die Dinge? Am 27. August d. J. wurde vom Tarifamt unter Leitung seines unparteiischen Vorsitzenden ein Schiedsspruch gefällt, der dem V. D. G. nicht behagte. Der V. D. G. lehnte den Schiedsspruch ab mit der Begründung, das Tarifamt sei bei der Fällung des Spruches nicht vorurteilslos geblieben. Dabei steht einwandfrei fest, daß die beiderseitigen Tarifamtsmitglieder dem Unparteiischen die Fällung des Schiedsspruches unter Mitwirkung der beiderseitigen Verbandssekretäre überlassen haben. Nachdem sich der Unparteiische den Gründen des Arbeitnehmervertreters nicht verschließen konnte, und den Schiedsspruch in einem dem Arbeitnehmer günstigeren Sinne fällte, als es die Arbeitgeber wünschten, lehnten letztere den Schiedsspruch ab und lehnten willkürlich eine ihnen genehme Berechnungsgrundlage für die Löhne fest (statt 41 940 000 Prozent nur 38 000 000 Prozent).

Im Bewußtsein unseres Rechtes wandten wir uns am 1. September an das Reichsarbeitsministerium mit dem Antrage, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Zum 10. September waren beide Parteien zur Klärung der Sache geladen. Der V. D. G. hatte eine Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium brüst abgelehnt und war demzufolge nicht vertreten. Das Resultat der mit unserm Verbandsvertreter gepflogenen Aussprache war die Inausfertigung der Verbindlichkeitserklärung.

Weitere 10 Tage vergingen, während denen wir stündlich auf Bescheid warteten. In dieser Zeit scheint der V. D. G. den Weg zum Reichsarbeitsministerium doch noch gefunden zu haben, und zwar mit einem günstigeren Erfolge als wir. Am 21. September erhielten wir die Nachricht, daß die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt sei, weil nicht einwandfrei festgestellt, daß das Tarifamt bei Fällung des Schiedsspruches ordnungsgemäß vorgegangen sei.

Es hat sich also wieder einmal gezeigt, daß bei einer hohen Behörde die Gründe der Arbeitgeber gewichtiger in die Waagschale fallen, als die Gründe der Arbeitnehmer, daß bei sich gegenüberstehenden

Behauptungen der beiden Parteien den Angaben der Arbeitgebervertreter mehr Glauben geschenkt wird, als denen der Arbeitnehmervertreter.

Goldmarkpreise auf der einen Seite, — Niedrighaltung der Löhne auf der anderen Seite, — Versagen der Vermittlungsinstanzen! Nur so weiter, dann wird sich das Vertrauen der Arbeitermassen zu den tariflichen und staatlichen Schlichtungsstellen schon heben.

Aus den Zahlstellen.

Zittling. In der Zahlstelle. Die Zahlstelle ist das unterste Glied unseres Verbandsorganismus. Sie bildet das Fundament unseres Verbandes. Ist der Grund derselben gut, können auch die oberen Stockwerke unserer Organisation gut sein. Also die Bedachung und Ausstattung dieses Gebäudes sind, wenn der Grund gut ist, wettterfest! Ist der Grund schlecht, kann die schönste Fassade wohl vorübergehend, aber nicht dauernd über den schlechten Zustand des Gebäudes hinwegtäuschen. Ein tüchtiger und gewissenhafter Zahlstellenvorsitzender wird deshalb der gesunden und tragfähigen Ausgestaltung seiner Organisation das größte Augenmerk zuwenden. Und der Kollege, der einen gesunden, leistungsfähigen Steinarbeiterverband zu schaffen mitwirken will, hat doppelte Veranlassung, den Verband in einer gesunden, leistungsfähigen Zahlstelle zu verankern. Ueber die Aufgaben in der Zahlstelle gibt uns unser Statut Aufschlüsse. Unser Statut, d. h. Verbandsverfassung, ist zum Teil überholt. Im übrigen ist es aber noch gut und brauchbar, und soweit es ergänzungs- und reformbedürftig ist, können wir noch warten, bis die Zeit zur gründlichen Nachprüfung vorhanden ist. Dabei müssen wir überlegt, mit einer gewissen Vorsicht handeln, aber ohne übertriebene Angstlichkeit. Kluges Ueberlegen, kräftiges Zugreifen des Vorsitzenden, energische, zähe, unverdroffene Arbeit ist erforderlich. Das erste, was wir in der Zahlstelle brauchen, ist sorgfältiges Ausschauen der Person, die wir als Vorsitzenden brauchen. Er soll ein tüchtiger, zuverlässiger, kenntnis- und erfahrungsreicher, arbeitsfreudiger Kollege sein. Ob jung oder alt, ist gleichgültig.

Dann sehe man sich die Verhältnisse in der Zahlstelle an. Wo ist etwas faul, das ausgemergelt werden muß? Wo muß die bessernde, umgestaltende Hand angelegt werden? Welche Punkte kommen als spezielles Programm in der eigenen Zahlstelle in Betracht? Was muß der Vorsitzende und auch jeder einzelne Kollege wissen? Wer in der Zahlstelle mitreden will, muß sich genau informieren über alles, was mit der Organisation zusammenhängt. Mit einem Wort, er muß den „Steinarbeiter“ lesen. Die bisherige Entwicklung, die zukünftigen Aussichten, die Struktur des Verbandes, die besonderen Interessen der Kollegen, die Leistungsfähigkeit der Organisation und ihrer Führung ist das erste, was wir wissen müssen. Wir müssen mit ihrer Geschichte von früher her vertraut sein, wir müssen uns eingehend Kenntnis verschaffen über den Werdegang der letzten Zeit.

Aber der Vorsitzende muß nicht bloß wissen wie es in seiner Zahlstelle steht, er muß auf dem Gebiete der Verbandspolitik überhaupt zu Hause sein. Dazu ist notwendig die Kenntnis all der einschlägigen Gesetze, Verordnungen mit ihren Erläuterungen. Er muß auf dem Laufenden sein mit ihrer praktischen Handhabung. Er muß wissen, auf welche Art und Weise wichtige Probleme in seiner Zahlstelle in Angriff genommen und durchgeführt werden. Dabei unterrichtet er sich nicht nur durch bloß oberflächliches Lesen, sondern durch eingehendes Studium der Artikel im „Steinarbeiter“ und in der sozialistischen Tagespresse. Auch schadet ihm das Lesen einer Unternehmerpresse („Steinbruch“, „Steinbildhauer“ usw.) nie! Ein tüchtiger Zahlstellenvorstand wird auch stets das „Reichs-Arbeits-Blatt“ zur Hand haben müssen. Die Anschaffung einer kleinen Bibliothek in der Zahlstelle unter vorstehend ausgeführten Gesichtspunkten kann nicht genug empfohlen werden.

Daß es hier, speziell im bayrischen Walde, in allen Ecken und Enden fehlt, hat uns die letzte Aussperrung deutlich genug gezeigt. Werden diese kurzen, aber gutgemeinten Zeilen von den Kollegen des bayrischen Waldes beherzigt, dann, Kollegen, werden wir den noch kommenden Stürmen trocken und standhalten können. Nur der erwirbt die Freiheit, der sie sich täglich zu erobern weiß. J. L.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Die Metallarbeiter-Zeitung, das Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, blickt mit ihrer Ausgabe am 15. September auf ein 40jähriges Bestehen zurück. Die Ausgabe ist dementsprechend ausgestaltet. Ein besonders lehrreicher Artikel: „Die Gewerkschaftspresse in Gefahr“, hängt aus mit der Mahnung an die Verbandsmitglieder, die auch von unsern Kollegen beherzigt werden muß:

Stärkt eure Organisation durch fleißige Mitarbeit und pünktliche Zahlung der Beiträge, damit die Organisation zu ihrem Teil an der Erhaltung des geistigen Machtmittels, der Presse, unserer Zeitung beitragen kann.

Keine Friedenslöhne der Arbeiter! Der Reichstanzler Dr. Stresemann hat in seiner Rede am 12. September vor den Vertretern der deutschen Presse behauptet, daß die Löhne „vielfach über den Friedenslöhnen“ liegen. Diese Behauptung ist durchaus irrig. In einer öffentlichen Erklärung in der Tagespresse nimmt der Bundesvorsitzende des ADGB, dagegen Stellung und weist an Hand von Beispielen die betreffende Behauptung zurück. Im übrigen weiß jeder Lohn- und Gehaltsempfänger, besonders jede ältere Hausfrau, wie die Kaufkraft des Lohnes im Vergleich zu 1914 steht. Eine ziffernmäßige Beweisführung an dieser Stelle können wir sicherlich unterlassen. Der leitende Staatsmann sollte sich vor allen Dingen vor Verallgemeinerungen hüten, die geeignet sind, den Unternehmern Anlaß zum Lohnruhr zu geben.

Der Mitgliederstand der 45 dem ADGB angeschlossenen Zentralverbände zählte am 30. Juni d. J. 7 721 290, davon 1 653 869 weibliche. Gegenüber dem dritten Vierteljahr des Vorjahres, bei einem Stand von über 8 Millionen ist in den folgenden Quartalen ein ständiger Rückgang eingetreten. Dieser betrug bei der letzten Erhebung gegen 30. März in diesem Jahre 3096 männliche und 6752 weibliche Mitglieder.

Die Metall- und die Textilarbeiterorganisation haben ihre auf Mitte September einberufenen Verbandstage infolge der außerordentlich großen Geldentwertung und des Umstandes, daß die Delegierten des besetzten Gebiets durch die Verkehrssperre nicht erscheinen konnten, auf spätere Zeiten, sobald diese Schwierigkeiten behoben sind, verlegt.

Soziales. Erhöhung des Grundlohns in der Krankenversicherung. Mit Wirkung vom 3. September 1923 an ist der Höchstsatz des Grundlohns in der Krankenversicherung auf das Siebenfache und im besetzten Gebiet auf das Achtfache der Reichsrichtzahl festgesetzt worden.

Die neuen Postgebühren vom 20. September an betragen bei Postkarten 100 000 M., bei Briefen 250 000 M. im Fernverkehr. Vom 1. Oktober an tritt eine abermalige bedeutende Erhöhung in Kraft. Erneut muß darauf hingewiesen werden, alle Postsendungen an den Verbandsvorstand richtig zu frankieren!

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Am 29. September ist der 39. Wochenbeitrag fällig! Rückstände darf es bei dem jetzigen schnellen Marktwertwechsel in ihrem Geldwert nicht mehr geben.

Der wöchentliche Extrabeitrag ist Pflichtbeitrag, er dient zum Ausgleich der Geldentwertung in der Hauptkassette.

Beitragsmarken unter 700 000 M. Wert werden nicht mehr verlangt. — Bei den Beiträgen über 2 Millionen be-

trägt die Staffelung je 200 000 M., über 3 Millionen je 500 000 M., über 7 Millionen je 1 Million Mark. — Die Quartalsabrechnungsformulare wurden bereits in der verfloßener Woche den Zahlstellenassistenten übermittelt. Die Ortsverwaltungen sind ersucht, die Revisoren haben dahin zu wirken, daß die Abrechnungsformulare bis spätestens 15. Oktober bei der Hauptkasse eingelaufen sind. Auf etwaige Restanten kann bei der Zusammenstellung der Abrechnung in der Zahlstelle keine Rücksicht genommen werden. — Durch die weitere Geldentwertung muß die Erwerbslosenmarke am 1. Oktober statt auf 50 000 auf 250 000 M. erhöht werden.

Die Beteiligung der Zahlstellen an der monatlichen Arbeitslosenjahlung läßt nach wie vor viel zu wünschen übrig. Für den Monat August haben allein 353 Ortsverwaltungen nicht berichtet, obgleich in diesen Orten Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vorherrscht. Um nun einen einwandfreien Konjunktur-Ueberblick für die Naturstein-Industrie zu bekommen, ist es Pflicht der Zahlstellen vorrätige, für September und folgende Monate regelmäßig eine Zählkarte einzuliefern.

Bei den Anträgen auf Sterbefall-Unterstützungen sind keine Sterbe-Urkunden mehr mit einzuliefern.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Dresden (3. Gau). Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung in Berlin (Tarifabteilung VI 3654/6) teilt unterm 3. September folgendes mit:

Entscheidung! Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (RGBl. S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
a) auf Arbeitgeberseite: Verband deutscher Werksteinbetriebe, Landesverband Sachsen; Deutscher Grabmalgewerbeverband, Landesverband Sachsen;
b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Gau Sachsen.
2. Abgeschlossen am 30. April 1923, Bezirksarbeitsvertrag auf Grund des allgemeinverbindlichen Reichsarbeitsvertrags vom 9. Dezember 1922.
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Arbeiter in Werkstein- und Grabmalgeschäften, sowie Steinmetzen, die an Bauwerken Steinmetzarbeiten verrichten, mit Ausnahme der Granitmergesteinindustrie. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge; für die besondere Frachttariftarife in Geltung sind.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Sachsen.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung ab 16. Juni 1923.

Die beteiligten Kollegen mögen von der vorstehenden Erklärung Kenntnis nehmen. Der Bedarf an gedruckten, nimmeh mehr als allgemeinverbindlich erklärten „Sachsentarife“ kann von der Gauleitung (W. Mühl, Dresden-A., Eisenacherstraße 17, I) gedeckt werden. Einzelreplika 100 000 M. einschließlich Porto.

Großhau. Die beiden Mitgliedsbücher Nr. 54 938 und 54 943, auf Karl Lebold und Anton Kempf ausgestellt, sind unguiltig. Näheres teilt evtl. die Zahlstellenverwaltung mit. Kassierer Jos. Umscheid.

Adressenänderungen.

1. Gau. Frankfurt (Oder). Kass.: A. Thomas, Leipziger Platz 8.
3. Gau. Berbersdorf b. Böhren (Amtsh. Döbeln). Kass.: Artur Krill, Nr. 30.
5. Gau. Pirna. Vorl.: Markus Münch, Schoppbüschel. Kass.: Jean Vincenz, Schoppbüschel.
5. Gau. Regisdienberg (Bez. Köln). Vorl.: Wilhelm Scharfstein, Himberg, Post Honnef. Kass.: Franz Weber in Höhe b. Regisdienberg.
6. Gau. Hornberg. Kass.: Johann Weindl, Hauptstraße 76.
6. Gau. Döhlenburg. Kass.: Gottlob Herrmann, Leonbronn.
6. Gau. Pletzerzell (Schwarzwald). Vorl.: Albert Wobriška, Unterkirchnach (Schotterwerk Billingen). Kass.: Karl Beck b. Otto Bähr, Unterkirchnach (Schotterw. Billingen).
7. Gau. Regensburg. Vorl.: August Bräu, Winklerstraße 14.
7. Gau. Schwarzenbach a. Saale. Vorl.: L. Wendler, Karlstr. 409.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1924 liegt in seinem achtundvierzigsten Jahrgang vor (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg). Der Inhalt ist ebenbürtig den früheren Ausgaben. Der Grundpreis des Kalenders beträgt 30 Pfg. mal Schlüsselzahl des Vorkaufspreises deutscher Buchhändler.

Anzeigen

Erstklassige, leicht ausführbare

SCHRIFTPAUSEN

gezeichnet sorgfältig und preiswert
Bildhauer Franz Siegler, 6 Leiden
Lischer Straße 37.

Neu erschienen: Schriftenarchitektur
womit jeder sofort exakte und saubere
Schrift herstellen kann.

Granit-Steinbruch im Schwarzwald
(Pflaster- und Werkstein) sucht tüchtigen
erfahrenen

Werkführer.

Angebote, unter dem Stichwort Schwarz-
wald, mit Lebenslauf, Zeugnis und
beibringt die Schriftleitung

Berlin.
Dienstag, 2. Oktober, abends 6 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)
Mitgliederversammlung aller Branchen
Tagesordnung: 1. Wahl des Orts-
angehüllten, 2. Bericht der Tarif-
kommission, 3. Verschiedenes.
Da auf die angeforderte Stelle
des Ortsangehüllten keine Bewerbun-
gschriften eingegangen sind, muß die
Wahl in der Versammlung erfolgen.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen
in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Bücher

die in seiner Zahlstelle fehlen
dürfen für Betriebsräte
u. Gewerkschaftsfunktionäre empfehlend
Verlag des ADGB, Berlin 30, 16
Eugenstraße 24.

Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden
- In See am 18. August der Hilfsarbeiter Ernst Tschner, 64 Jahre alt, Herzleiden.
 - In Aue am 4. September der Brecher Alwin Schneider, 48 Jahre alt, Lebertrebs.
 - In Kaiserslautern der Sandsteinmetz Ludwig Manerz, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In Häslich der Granitmetz Hermann Suhr, 55 Jahre alt, Magenleiden.
 - In Goldberg am 6. September der Brecher Oswald Weimann, 45 Jahre alt, Unfall.

Ehrenbrementen

Verantwortliche Schriftleitung, Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.